

Viel Zuspruch für die «Baarer Zytig»

Ende 2026 läuft die Pilotphase für die «Baarer Zytig» aus. Der Gemeinderat will weitermachen, die Ortsparteien ebenfalls.

Benjamin Rothschild

«Unverwechselbaar. Wir bilden. Wir begeistern.» So lautete der Fronttitel der ersten Ausgabe der «Baarer Zytig» im Jahr 2025 (es ging um das Leitbild der Baarer Schulen). Im Laufe der Monate kamen im Blatt unter anderem auch die Wahl des Baarers Martin Pfister in den Bundesrat (Titel: «Baarer Bundesraaaaaat!»), die Kirschblütenpracht im Kanton («Zugerland im weissen Festgewand») oder Vorträge zum Thema Gesundheit («Braucht der Darm im Alter mehr Pflege?») zur Sprache.

2025 war für die «Baarer Zytig», die in einer Auflage von 13'380 Exemplaren erscheint, das erste «volle» Jahr seit sie Anfang Juni 2024 ihre Premiere feierte. Und es soll weitergehen: An der anstehenden Gemeindeversammlung vom 13. Januar befinden die Baarer Stimmberechtigten unter anderem über einen Kredit für die Weiterführung der Zeitung, die von der Oberfreiamt AG herausgegeben wird und zurzeit zweiwöchentlich im Tabloid-Format erscheint.

Keine Kontroversen

Ende 2026 läuft das Pilotprojekt aus. Der Gemeinderat legt für die Zukunft zwei Varianten vor. Die erste, vom Gemeinderat favorisierte Variante, sieht die Erscheinung weiterhin im Zwei-Wochen-Rhythmus vor, was 23 Ausgaben pro Jahr entspricht. Bruttokosten: 440'000 Franken. Variante zwei geht von einer wöchentlichen Erscheinung aus (46 Ausgaben pro Jahr), die Kosten werden mit 735'000 Franken veranschlagt. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) bevorzugt ebenfalls Variante eins und beantragt, den Kredit



Die «Baarer Zytig» scheint sich in der Gemeinde etabliert zu haben. Archivbild: Stefan Kaiser

auf die Jahre 2027 bis 2030 zu befristen.

Aktuell gibt es im Kanton Zug kein vergleichbares Produkt wie die «Baarer Zytig». Dies zumindest schreibt der Gemeinderat in seiner Botschaft zur Gemeindeversammlung. «Verschiedene Gemeinden geben eigene Informationsblätter heraus, die monatlich oder noch seltener erscheinen», heisst es weiter. Diese seien oftmals reine «Behördenkommunikation» und enthielten kaum Berichte aus dem Gemeindeleben.

Die «Baarer Zytig» hingegen enthält neben amtlichen Mitteilungen, offiziellen Informationen der Gemeinde sowie

«Kritische Artikel sollen in der «Baarer Zytig» ihren Platz haben.»

Baarer Gemeinderat

allerlei Einsendungen auch einen redaktionellen Teil – in der Botschaft ist von «elf selbstständig durch die Redaktion erstellten Seiten» im Schnitt die

Rede. Für diese sind eine Redaktion mit einer festangestellten Chefredaktorin und zwei festangestellten Redaktorinnen sowie mehreren freien Mitarbeitenden zuständig. Ihren Sitz hat die Redaktion in Sins, zweimal pro Woche ist indes eine Mitarbeitende vor Ort in Baar tätig – die Gemeinde stellt dafür ein Büro im Rathaus zur Verfügung.

Die Unabhängigkeit der Redaktion garantiert ein Redaktionsstatut. Kritische Artikel sollen in der «Baarer Zytig» ihren Platz haben, schreibt der Gemeinderat ausdrücklich.

Im letzten Jahr behandelte die Zeitung indes kaum kontroverse Themen. Der Gemeinderat hält dann auch fest, dass es

Kontroverser Grundstückkauf

An der Gemeindeversammlung vom Dienstag ist neben dem Kredit für die Weiterführung der «Baarer Zytig» unter anderem auch der Kauf eines Grundstücks am Rosenweg zum Zweck des preisgünstigen Wohnungsbaus traktandiert. Das Geschäft dürfte zuredengeben: Mitte, GLP, SP und ALG stimmen dem Kauf zum Preis von 6,4 Millionen Franken zwar zu, die drei letztgenannten Parteien aber unter Vorbehalten respektive Kritik. Auch die FDP äussert sich im Rahmen der Parolenfassung im Sinne eines «Jeins» und schreibt, dass sie sich einen Antrag an der Gemeindeversammlung vorbehalte. Die SVP sagt nein. Die weiteren Traktanden der Versammlung betreffen einen Kredit für das Angebot Beaufsichtigtes Wohnen und die Antworten des Gemeinderates auf eine Interpellation der ALG betreffend Verlängerung der Stadtbahn. (bro)

Begeisterung, ja fast schon Euphorie: Die «Baarer Zytig» erfülle eine «wichtige publizistische Scharnierfunktion zwischen Behörden und Öffentlichkeit» und sei gar «Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie auf kommunaler Ebene». Wie einst der Ende 2023 eingestellte «Zugerbieter» (im Volksmund auch «Baarer Times» genannt) sei sie «aus dem Gemeindeleben nicht mehr wegzudenken».

Die Begeisterung wird grundsätzlich auch von den Parteien geteilt: Die Mitte etwa befürwortet die Weiterführung im Zwei-Wochen-Rhythmus und lehnt eine Befristung ab. Der Pilotversuch sei erfolgreich gewesen, weiter bestehe die Möglichkeit, den Vertrag mit der Oberfreiamt AG zu kündigen, falls sich die Voraussetzungen ändern würden. Die gleiche Position vertreten GLP und ALG.

Auch die SP, die FDP und die SVP befürworten eine Weiterführung – erachten eine Befristung bis 2030 aber als sinnvoll. Für SVP-Präsident Adrian Rogger geht es dabei auch um eine publizistische Grundsatzdiskussion: Jene um die Zukunft von Printzeitungen. «Wir müssen uns schon auch Gedanken machen über bestimmte Entwicklungen in der Gesellschaft.» Rogger vermisst belastbare Zahlen und Fakten: Denn was der effektive Zuspruch der Bevölkerung für die «Baarer Zytig» betrifft, ob die Mehrheit der 13'380 Exemplare tatsächlich gelesen werde oder «ins Altpapier» wandere, wisse man nicht.

Die Gemeinde teilt auf Anfrage mit, dass es vorgesehen sei, in den nächsten Monaten eine Online-Befragung zur Zufriedenheit der Bevölkerung durchzuführen.

Renate Huwyler tritt nicht mehr an

Hünenberg Gemeindepräsidentin Renate Huwyler hat sich entschieden, im Oktober nicht mehr für eine weitere Amtszeit anzutreten. «Nach 24 Jahren im Dienst der Gemeinde möchte sie sich wieder Familienprojekten widmen», heisst es in einer Mitteilung. «Es war mir eine Freude, die äusserst interessanten, herausfordernden und lehrreichen Aufgaben zu übernehmen. Ich bin dankbar für die vielen spannenden und bereichernden Begegnungen, die ich erleben durfte», wird die Mitte-Politikerin zitiert. Der Entscheid, nicht mehr anzutreten, sei für sie nach so vielen Amtsjahren schon länger klar gewesen. Huwyler war 4 Jahre in der Rechnungsprüfungskommission und 20 Jahre im Gemeinderat, davon 8 als Präsidentin. In der Mitteilung dankt sie der Bevölkerung für das Vertrauen und dem Gemeinderatskollegium für die «stets sehr gute Zusammenarbeit». (rh)

Zuger Ansichten

Nein zum Medien-Kahlschlag

Am 8. März stimmen wir über eine für unsere Demokratie äusserst wichtige Vorlage ab: die Halbierungsinitiative. In einer Zeit globaler Krisen, Kriege und zunehmender Unsicherheit sind verlässliche Informationen unverzichtbar. Eine informierte Öffentlichkeit stärkt den sozialen Zusammenhalt und schützt vor Desinformation. Gerade im Zeitalter von KI und weitgehend unregulierten Social-Media-Plattformen wird das immer wichtiger. Seriöser Journalismus mit Faktenchecks, Einordnung und einem dichten Netz von Korrespondentinnen und Korrespondenten ist dafür zentral.

Doch die Halbierungsinitiative aus rechtslibertären Kreisen setzt genau diese Grundlage aufs Spiel. In unserer direkten Demokratie ist eine gut informierte Stimmbewöl-

kerung zentral. Aktuelle Studien geben jedoch zu denken. Immer weniger Menschen in der Schweiz nutzen journalistische Medien zur Information. Fast die Hälfte der Bevölkerung gilt mittlerweile als «news-depriviert». Sie wissen weniger über politische Zusammenhänge, haben geringeres Vertrauen in die Politik und fühlen sich der demokratischen Gesellschaft weniger verbunden.

Ein Grund dafür ist die stark wachsende Nutzung von Social Media. Dort prasselt eine kaum gefilterte Informationsflut auf die Menschen ein, oft ohne Einordnung oder journalistische Verantwortung. Das begünstigt Fake News, verunsichert viele und führt dazu, dass sie sich ganz vom journalistischen Medienkonsum abwenden. Gleichzeitig geraten Medienhäuser wirt-

schaftlich unter Druck. Sinkende Abo- und Werbeeinnahmen führen zu Abbau bei Recherche und regionaler Vielfalt. KI verschärft diese Entwicklung zusätzlich, da sie journalistische Inhalte massenhaft nutzt, ohne die Urheberschaft zu entschädigen.

Und genau hier sind Mediengebühren zentral. Sie reduzieren die Abhängigkeit von Klickzahlen oder privaten Eigentümerinteressen. Das schafft Journalismus, der informiert, statt verkauft. Öffentliche und private Medien stehen dabei nicht in Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Eine Studie der Universität Zürich von 2024 zeigt: Wer SRG-News nutzt, greift häufiger auch zu Abo-Medien. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die regionale und sprachliche Präsenz der SRG. Sie berichtet aus allen Landesteilen und in

allen Landessprachen – auch dort, wo es kaum andere Angebote gibt. Eine Halbierung der Serafe-Gebühr würde massive weitere Sparprogramme erzwingen, zusätzlich zu den Einschnitten der letzten Jahre. Regionale Berichterstattung, sprachliche Vielfalt sowie Kultur- und Sportformate stünden auf dem Spiel. Beliebte Serien, Hintergrundsendungen oder Live-Sport könnten verschwinden. Das wäre ein grosser Verlust für die demokratische Öffentlichkeit, die Schweizer Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wer heute bei den Medien spart, zahlt morgen einen hohen Preis: mehr Polarisierung, weniger Vertrauen und eine geschwächte Demokratie. Ein Nein zur Halbierungsinitiative ist deshalb ein Ja zu einer starken Demokratie. Ein Nein zur

Initiative steht für verlässliche Informationen, für Vielfalt und für eine Öffentlichkeit, die sich eine eigene Meinung bilden kann. Danke, dass auch Sie am 8. März mit einem Nein zur Halbierungsinitiative für unsere demokratische Zukunft stimmen.



Konradin Franzini, Kantonsrat ALG, Rotkreuz

Hinweis
In der Kolumne «Zuger Ansichten» äussern sich Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu einem frei gewählten Thema. Ihre Meinung muss nicht mit jener der Redaktion übereinstimmen.